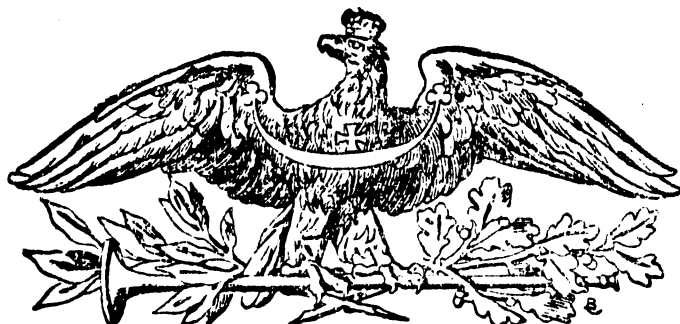




Schwere Gefahr für das Rheinland.

* Ob die Brüsseler Konferenz stattfinden wird oder nicht, steht noch dahin. Jedenfalls hat Poincaré von vornherein die Überzeugung, daß sie ergebnislos verlaufen muß, weil er es so wünscht. Er teilt deshalb bereits seine Maßnahmen, um Deutschland mit neuen Gewalttaten bedrücken zu können. Er hat, wie wir in der heutigen Morgennummer schon berichtet, eine Konferenz im Elisee anberaumt, der auch der französische Oberkommissar in den Rheinlanden Girard, der französische Generalkonsul in Aachen und der Generalinspektor der französischen Reparationskommission beizuwohnen. Über diese unter dem Vorsitz Poincarés abgehaltenen Konferenz ist eine offizielle Note ausgearbeitet worden, die die bekannte Pariser Presse wiedergibt, und in der es heißt:

Da die Brüsseler Konferenz trotz des Wunsches der französischen Regierung vielleicht nicht stattfinden wird, da sie möglicherweise kein Ergebnis haben werde, insbesondere deshalb, weil Reichkanzler Dr. Brüning sich eine Mehrheit verschafft habe, die einmütig die Note Dr. Brüning über die Reparationen billigt, d. h. billigt, daß Deutschland sich den Reparationsverpflichtungen entziehe (1), so beabsichtigt man, daß die französische Regierung in ihrer letzten Absicht, Verhältnisse zu erlangen, Wert darauf gelegt habe, zu untersuchen, welche Mittel ihr diese Möglichkeit verschaffen könnten. Wir glauben zu wissen, welche die Note weiter auszuhandeln, daß die Maßnahmen, die in Betracht gezogen wurden — wir sagen nicht, beschloßen wurden — und die man als geeignet für die Garantie unserer Rechte erachtet, wenn man diese befreien würde, folgende sind:

1. Vollständige Beschlagnahme des Rheinlandes, die Frankreich jetzt bezieht, eine Beschlagnahme, die namentlich in der Erziehung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte.
2. Die Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum, so daß Frankreich die von Deutschland auf Reparationskonto zu leistenden Steuern und der für die französische Industrie erforderliche Gütersteuern gesichert würden.

Das „Echo de Paris“ ergänzt diese Mitteilung durch folgendes:

Schon vor einiger Zeit hatte der Kommandant der französischen Truppen in den Rheinlanden, General Denoute, dem französischen Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister seine Überzeugungen, wie die Besetzung der Rheinlande vervollständigt werden könne, übermitteln. Insbesondere wird es als notwendig erachtet, aus den Rheinlanden die preussischen Beamten zu verdrängen, deren Neid sich nicht umsonst bemerkbar mache, als die Reichsregierung sie zum Widerstand gegen die „gerechten Entschädigungen“ Frankreichs ansetze. Auch wegen der Besetzung des Ruhrgebietes wurden bestimmte Maßnahmen ins Auge gefaßt. Man könnte durch diese die direkten Interessen der deutschen Großindustriellen im Ruhrgebiet schwer treffen und könnte Frankreich durch die Reparationsfrage und den Kohle, den es braucht, verschaffen. Der Finanzminister der Reichsregierung erhielt Bericht über die Kosten und die Ergebnisse einer solchen Operation. „Echo de Paris“ fügt hinzu, die verschiedenen Maßnahmen, von denen geäußert worden sei, würden heute dem Ministerrat zur Billigung vorgelegt werden. Poincaré könne also von jetzt ab von den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln Gebrauch machen, wenn die Stunde gekommen sei, um, wie er selbst erklärt habe, die wichtigen Entscheidungen zu treffen, von denen zum Teil Frankreichs Zukunft abhängt.

„Polit Parisien“ wird noch deutlicher. Er schreibt, offenbar beeinflusst:

Er glaube zu wissen, daß die Konferenz der Prüfung der Reparationsfrage und der Maßnahmen gewidmet gewesen sei, die die französische Regierung eventuell, sei es auf dem linken oder auf dem rechten Rheinufer, zu ergreifen gewillt sein werde. An einer anderen Stelle erklärt das Blatt: Ohne daß die Lage etwas Tragisches wie im August 1914 hat, ist es sicher, daß ernste Stunden herannahen. Deutschland besitzt seit einigen Tagen eine Reichsregierung, die sich für absolut außerstande erklärt, ernstlich mit Geldzahlungen vor drei oder vier Jahren zu beginnen, die außerdem noch sagt, daß diese Auszahlung nur beginnen könne, wenn die Alliierten ihr 500 Millionen Goldmark zur Stabilisierung der Mark leihen, und wenn sie ihre Forderungen niederlegen, um den deutschen Export zu erleichtern, und wenn sie endlich die Rufen der deutschen Reparationsforderungen wesentlich herabsetzen, d. h. die deutsche Regierung will in einem Monat die letzte Anstrengung machen, um sich dem größten Teil ihrer Finanzverpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrage zu entziehen. Es ist möglich, daß die deutsche Großindustrie, die jetzt die Leitung des Reiches übernommen hat, in letzter Minute über die unannehmbaren Kosten ihrer Verpfändung, auf diesem schlechten Wege zu beharren, nachdenkt. Aber es ist doch wohl möglich, wie Frankreich will, die im Vertrage vorgesehenen Sanktionen durchzuführen und einige Pfänder, die in Frankreichs Reichweite liegen, zu nehmen. Im Hinblick auf diese letztere Eventualität hat der Ministerpräsident, ohne seine Stimme mehr als notwendig zu erheben, dem französischen Volke eine heilsame Warnung auszusprechen lassen.

Wenn es nach Poincarés Willen allein geht, müssen alle Entschieden der Sachverständigen und auch die in der letzten Note ausgesprochene Bereitwilligkeit Deutschlands, zur Lösung des Reparationsproblems, auch die Stabilisierung der Mark und durch die Neuordnung des Reichshaushalts, beizutragen, nichts. Denn Poincaré soll als Mandatar der französischen Großindustrie die deutschen Kohlen- und Eisenerzlieferanten befehlen, obwohl Frankreich die Reparationshöhe nicht für industrielle Zwecke braucht, sondern damit nur gewinnbringende Geschäfte macht. Aber es scheinen in offiziellen französischen Kreisen für die Lösung der Reparationsfrage auch noch andere Pläne vorzuliegen, wie aus folgender Nachricht unseres Pariser Sonderberichterstatters hervorragt:

Die „Daily Mail“ veröffentlicht einen, wie sie sagt, bedeutenden Artikel, der von einer einflussreichen offiziellen Persönlichkeit in Paris stammt und die französischen Pläne für die Lösung des Reparationsproblems enthält. Diese Pläne laufen in kurzen Zügen darauf hinaus, daß Deutschland ein künstliches Moratorium erachtet werde, daß aber gleichzeitig die mächtigsten Finanzleute, mit Einfluß in England, eine Anleihe aufbringen, um Deutschland finanziell aufzufüllen und Frankreich Reparationszahlungen während dieser fünf Jahre auszuführen. Ferner sieht dieser Plan eine vollständige Annulierung der Kriegsschulden durch England vor.

Gegen diesen französischen Plan äußern sich führende

Finanzleute Englands, indem sie darauf hinweisen, daß dieser französische Vorschlag unpraktisch sei, insofern, als Deutschland, wenn es ein Moratorium erhalte, keine Anleihe mehr gebrauchen. Unmöglich aber sei es für England, in eine Annulierung der Kriegsschulden zu willigen.

Die Lausanner Konferenz.

* Paris, 28. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Obwohl gestern die Wirtschaftskommission in Lausanne tagte und die Einigung von fünf Unterkommisionen beschloß, ist von einem Fortschritt der Konferenzarbeiten in keiner Weise die Rede. Die Verhandlungen hinter den Kulissen dauern fort. Das Problem von Moskau bleibt noch immer den Gegenstand aller Erörterungen, ohne daß jemand sagen kann, wie es gelöst werden soll. Alle Gerüchte über bestimmte Abmachungen zwischen Engländern und Türken sind als verfrüht zu bezeichnen, aber es macht sich eine gewisse Strömung in englischen Delegiertenkreisen geltend, — die übrigens einer in englischen Vollstreifen weit verbreiteten Stimmung Rechnung trägt —, auf Mesopotamien und Palästina zu verzichten. Lord Curzon hat gestern mit dem Generalsekretär des Völkerbundes, Eric Drummond, die Frage erörtert, ob die Mandate, die England mit Zustimmung des Völkerbundes übertragen worden waren, aufgegeben werden können. Bemerkenswert ist eine Mitteilung des Londoner Korrespondenten des „New-York Herald“, daß sich Amerika bereit finden könnte, die Mandate über Mesopotamien und Palästina zu übernehmen, falls England diese abgibt. Das amerikanische Interesse für Vorderasien wird, um den wahren Beweggrund (Petroleum!) zu verschleiern, damit begründet, in kirchlichen amerikanischen Kreisen bestehe eine starke Stimmung dafür, daß Amerika sich der Christen in Kleinasien annähmen solle. Infolge dessen werde auch der zu Wilsons Zeiten stark erörterte Gedanke der Übernahme des Protektorats über Armenien durch die Union neuerdings erwogen.

w. Lausanne, 27. November. Lord Curzon erklärte heute, daß er die Auffassung der Amerikaner in der Frage der wirtschaftlichen Zone und der Politik der offenen Tür teile; England sei zu einem Verzicht auf den Vertrag von San Remo vom Jahre 1920 bereit. Man sieht in dieser Erklärung eine Antwort auf die Anfrage des Vizepräsidenten Child vom letzten Sonnabend und ein Anzeichen für eine englisch-amerikanische Einigung in der Konzeptionsfrage.

w. Lausanne, 27. November. Die Note, mit der die russische Delegation ihre Aktion in Lausanne einleitete, wurde heute nachmittags überreicht. Kurz darauf empfing Rakowski die Vertreter der Presse und erklärte, Rußland werde sich bei seiner Forderung um sofortige Zulassung zur Konferenz und zu allen ihren Arbeiten auf folgende Tatsachen stützen: 1. auf die Note Poincarés, die vorsieht, daß Rußland über alle mit dem Meerengenproblem zusammenhängenden Fragen gehört werden soll; 2. auf die Erklärung Mussolinis, daß man Rußland zu allen Verhandlungen in allen Fragen der Konferenz zulassen solle; 3. auf die Erklärung des amerikanischen Vizepräsidenten Child, wonach das Ziel der Konferenz ein stabiler Frieden und eine größere Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern sei. Rakowski fügte hinzu, daß die Meerengenfrage mit allen anderen Fragen eng verknüpft sei. Obwohl die Frage von Maragath, die Inzestfrage, die Entmilitarisierungszonen sowie alle anderen Fragen führen immer wieder zu dem Meerengenproblem, das von jeder der Grundfrage der Orientfragen getrennt sei. Es sei daher nicht möglich, Rußland nur als Sachverständigen heranzuziehen ohne es zu hören; vielmehr müsse es mit allen gleichberechtigt an den Verhandlungen teilnehmen.

Eine Niederlage der österreichischen Sozialdemokratie.

(Von unserem ständigen Wiener Mitarbeiter.)

Wien, 27. November. Das österreichische Sanierungsamt des Bundeskanzlers Dr. Seipel ist unter Deck und Fach gebracht. Das österreichische Parlament hat nach einem beispiellosen Ringen zwischen Opposition und Regierung den Genfer Protokollen, dem Wiederaufbaugesetz und dem Finanz- und Reformprogramm, das die Absichten der Regierung für die nächsten zwei Jahre festlegt, seine Zustimmung erteilt, womit das Rettungswerk in das Stadium der praktischen Durchführung getreten ist. Viele Wochen lang hat sich die sozialdemokratische Opposition in Obstruktionserden ergangen, so daß die meritorische Durchberatung der Vorlagen auf zwei Tage zusammengedrängt werden mußte. Die Propaganda der sozialdemokratischen Partei unter Führung des Dr. Otto Bauer ist aber vollständig mißlungen; die Wahlen fanden sich vielmehr bei den Austrittsversammlungen der bürgerlichen Parteien ein. Die Erkenntnis, daß Österreich ohne die energische Tat des Bundeskanzlers zu Grunde gehen müßte und daß eine durchgreifende Sanierung des kranken Staats- und Wirtschaftslebens gegenwärtig nur über das Genfer Wert möglich ist, drang in immer weitere Kreise, auch der Sozialdemokratie, so daß die Gegenemonstrationen der sozialdemokratischen Partei vollständig verpufften.

Durch die Reformgesetze ist die Zahl der gesetzgebenden österreichischen Körperschaften um den sog. „Erweiterten Ministerrat“ vermehrt worden; dieser wird alle Sanierungsmaßnahmen, die nicht schon der Nationalrat beschlossen hat, für die Regierung zu genehmigen haben oder binnen drei Tagen dagegen Einspruch mit einfacher Mehrheit erheben. Da aber die Regierung eine verlässliche Majorität in dem Ministerrat besitzt, sind die Handlungen der Regierung praktisch nur an die Zustimmung der Regierungsparteien gebunden.

Österreich und seine Regierung haben nun alle Voraussetzungen für die Völkerbundaktion erfüllt. Jetzt ist es an den Garantiemächten, durch ihre Parlamente die Garantieverpflichtungen für die 650 Millionen Goldkronen anleihe an Österreich zu beschließen. Für Österreich und seine Bevölkerung werden Tage schwerer Arbeit und größter Einschränkungen folgen, in denen die politischen Schlagworte verschwinden und nur die Grundfrage einer geordneten Wirtschaftspolitik Geltung haben dürfen. Schon in diesen Tagen wird der Generalkommissar des Völkerbundes Dr. Zimmermann, sein Amt über Österreich antreten, und es ist

zu hoffen, daß mit eiserner Energie die Ordnung in Staat und Wirtschaft wiederhergestellt wird. Die Stimmung in der Bevölkerung und die Voraussetzungen am Geldmarkt sind gerade im gegenwärtigen Augenblicke nicht ungünstig. Es war die höchste Zeit, der Banknotenumlauf hat bis zur Stilllegung der Notenpresse am 18. d. M. die schwindende Höhe von 8162 Milliarden glücklich erreicht.

Verchiedene Mitteilungen.

III. Aufhebung des Verbotes des Deutschen nationalen Jugendbundes. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat auf die Beschwerde der Bundesleitung des Deutschen nationalen Jugendbundes hin das Versammlungsverbot aufgehoben.

— Gegen den Versammlungsverbot. In einer Landtags-Interpellation sämtlicher bürgerlichen Parteien wird die Regierung auf die forschendsten Anforderungen von für die Erhaltung des Volkes wertvollen Vandalen in der Pfalz durch die französischen Militärbehörden, sowie auf die ständige Schaffung von Exzerzplätzen, Kasernen und Offizieren- und Mannschaftswohnungen hingewiesen. Die Regierung wird um eine Erklärung ersucht, ob sie bereit sei, mit der Reichsregierung gegen die Verbrechen der französischen Militärbehörde, in der Pfalz große Heerlager zu schaffen, Stellung zu nehmen.

— Über die Bildung einer Arbeiterregierung im Freistaat Sachsen. In der heutigen Verhandlung zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Die Kommunisten beharren auf ihren Bedingungen, u. a. der Beteiligung der Betriebsräte an der Gesetzgebung. Man glaubt, daß es den Kommunisten an der Beteiligung an einer solchen Regierung in Wirklichkeit nichts gelegen ist, höchstens mit Ausnahme des Genossen Brandler aus Chemnitz. Im allgemeinen scheint das Bestreben der Kommunisten darauf gerichtet zu sein, daß die Sozialdemokraten in eine Lage gebracht werden, die die Kommunisten zur Trennung der sozialdemokratischen Wählerchaft von ihren Führern ausnützen zu können hoffen.

— Kohlenlieferungen und Übersichten. Unter den Bergleuten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nimmt, wie aus Bergwerkskreisen mitgeteilt wird, die Meinung zu, das Übersichten-Abkommen für den Fall zu kündigen, daß die an die Entente zu liefernden Kohlenmengen herabgesetzt werden sollten.

— Der Bruch gegen den früheren Berliner Handwerkskammerpräsidenten Mahardt hat am Montag in Berlin begonnen. Mit Mahardt sind angeklagt dessen Sohn, der Kaufmann Erich Mahardt, Handwerkskammerbeamter Oskar Hoffmann, Kammermeister Albert Sonnenburg, der frühere Intendantenbeamte Walter Müller, die Kaufleute Albert Bömer und Albert Hoff, sowie der frühere Angestellte des Reichsberufungsamtes Gustav Kruse. Die Anklage legt Mahardt zur Last, daß er sich des Betruges gegenüber der Kammerverwaltung durch unlautere Machenschaften und durch Verschuldung schuldig gemacht habe. Die Kammerverwaltung hatte während des Krieges das Gebäude der Handwerkskammer gemietet und zahlte der Kammer außer der Miete auch nach Kriegsende eine Entschädigung für Abnutzung und Verschädigung der von den Soldaten bewohnten Räumlichkeiten. Die Anklage behauptet nun, daß Mahardt eine höhere Summe von der Kammerverwaltung gefordert und erhalten habe. Insgesamt hat die Kammerverwaltung der Handwerkskammer einen Betrag von 500.000 M. gezahlt. Von dieser Summe soll nach der Anklage Mahardt 15.000 M. für sich verhandelt haben. Der Angeklagte bestreitet, sich schuldig gemacht zu haben, und hat einen umfangreichen Gegenbeweis angeboten.

— Die Kündigung der Berliner Jungfrauen- und Jungfrauenlehrerinnen soll nach einem Beschluß des mit der Nachprüfung der Maßregel beauftragten Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung zurückgenommen werden. Die Entscheidung darüber steht der Stadtverordnetenversammlung zu.

— Mit der Schenksteuer soll es nun offenbar in Berlin ernst werden. Der Magistrat hat den Stadtverordneten den Entwurf einer Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei übermäßigen Verzehr in Gast- und Schankwirtschaften vorgelegt.

— Aussperrung der Berliner Mühlenarbeiter. Die Arbeiterschaft der Berliner Mühlen- und Backwarenindustrie ist, wie gemeldet wird, in einen wilden Streik getreten, um die Entlassung eines mißliebigen Neuerungseinstellen zu erzwingen. Darauf hat der Mühlenarbeiterverband die Aussperrung sämtlicher Mühlenarbeiter Berlins bis zur Erledigung des Konfliktes beschlossen.

— Der Anschlag für Umbenennung Berliner Straßen hat beschlossen, die Berliner Straße in Tempelhofer in Rathausallee und die Berliner Straße in Charlottenburg in Erzbergerstraße umzubenennen.

— Der rheinische Provinziallandtag ist zu einer außerordentlichen Tagung auf den 18. und 19. Dezember nach Düsseldorf einberufen worden. Als Staatskommissar der preussischen Regierung wird der neue Oberpräsident Dr. Fuchs die Sitzung eröffnen.

— Der bayerische Landeskommandant und Befehlshaber des 7. Bezirks, General der Infanterie von Wölfl, wird als Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 als Nachfolger des Generals der Artillerie von Wendt nach Regensburg versetzt; der bayerische Generalleutnant von Lossow, früher in künftigen Diensten, wird Landeskommandant in Bayern und Befehlshaber des 6. Bezirkskommandos 7 in München.

— Der Bayerische Bauernbund hat sich auf seinem Parteitag in München nach einem Meierat des Abg. Dreier der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes angeschlossen und den Namen „Bayerische Bauern- und Mittelstandspartei“ angenommen.

— Milch- und Butterhöchstpreise hat nach einer Meldung aus Dresden die sächsische Regierung festgesetzt. Das Liter Vollmilch darf danach beim Erzeuger höchstens 70 M., Mager- oder Buttermilch höchstens 35 M., die Butterhöchstpreis 700 M., bei Wollereien höchstens 70 M. kosten. Auch für Quark und Magerkäse sind Höchstpreise festgesetzt worden.

— Verhaftungen im besetzten Gebiet. Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, wurden durch die französische Polizei in ihren Wohnungen der Chemiker Dr. Merg von der Rima-Kasse und der Volkskammer Schuler verhaftet. Sie sollen angeblich im besetzten Gebiet verbotene Bücher haben verbreiten helfen.

— Starke Schneefälle und Frost werden aus Berlin und Sachsen gemeldet. Die Schneehöhe im Gräberberg beträgt bis zu einem Meter.

— III. Große Metalldiebstähle in Gasse. Die Kriminalpolizei in Halle hat eine solche Menge Diebstahl beschlagnahmt, daß einige Zimmer der Polizeidirektion, in denen der gestohlene Telephonapparat, Kupferdraht zu Überlandleitungen, auch Dachrinnen, Metroschere und Türdrücker aufgestapelt sind, einem Metallsager gleichen. In den letzten Tagen waren vielfach die Telephonleitungen in der Provinz Sachsen gekürzt, weil auf große Strecken hin der Draht abgeknippen worden war. Viele der Metallstücke konnten seither gewonnen werden.

Die ober-schlesischen Kulturämter.

Neuerungen in der Postbestellung.

Änderungen im ober-schlesischen Eisenbahnverkehr.

* Breslau, 27. November. Die Enthüllungseier einer Ehren- für die im Kriege 1914—1918 gefallenen Beamten des Ver- altungsbezirks des Oberbergamts Breslau d am Sonntag im Oberbergamtgebäude statt. Die Feier hatte den Kreis von Angehörigen der Gefallenen und von Berg- anten sowie einige Gäste, die dem Bergbau nahe stehen, im eppenhaus des Oberbergamts vereinigt. Das „Largo“ von eibel, in großschöner Weise durch den Beamtenverein e- licher Militärkapelle zum Vortrag gebracht, eröffnete den eiligen Festakt. Es folgte eine Ansprache des Berga- pministers eikel, in der dieser mit bewertenden Worten den ethischen Wert aterlandsliebe hervorhob, die in dem Tod der 42 auf der el Verzeichneten ihren Ausdruck gefunden hat. Unter den enigen des Vieles „Ich trat einen Kameraden“ fiel die Hülle aher in Manselber Krüper von dem Breslauer Bildhauer rief kunstvoll getriebenen Taal. Der Choral „Wie sie so sanft enen“ bildete den Abschluß der eindrucksvollen Feier.

Berliner Dollarkurs: 8300—8725—8650.

Berliner Börsenruhetag.

Produktenbörse.

Tägliche amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm:

Amtl. Notierung Dienstag und Freitag für 50 kg Hülsenfrüchte:

Kaukchutter:	28.	24.		28.	24.
28. 24. 28. 24.	28.	24.		28.	24.

Ämil. Notierung Dienstag n. Freitag für 100 kg Mühlenerausrüstung:

New-York, 27. November. Produktionshörsse. Baumwolle. Tageszufluß von 50000. Ausfuhr nach Großbritannien 18000. Ausfuhr nach d. Kontinent 40000.

END

Expertliteratur.

Bunte Chronik.

d. Als die Insel des Robin'on Crufce, des Helden vom Daniel Defoe's berühmten Roman, wurde bisher die Insel Juan' Hernandez im Stillen Ocean betrachtet. Jetzt versucht der Verfasser die Geograph Paul Tottin im „Mercur" den Nachweis zu erbringen, daß es sich in Defoe's Werk nicht um Juan' Hernandez, sondern um eine der kleinen Inseln handelt, die der Ozean's Ründung vorge'ert find und zu Venezuela gehören. Auf Juan'Hernandez allerdings hat jener schottische Matrofe Geftift die Zuhre lang gefeßt, den man oft als das Modell für den Robinson bezeichnet hat. Abriacs ist heute noch dort die angebliche Stätte des Robinson zu sehen, ebenfo im Geftein Fußspuren Arretage. Wenn Tottin recht haben follte, darf man alfo die Robinsoniel nur mehr als bloße Märcheniel auffaffen, etwa wie die Insel der Kolhvo oder Entere oder das faagente Hüte-

~~CONFIDENTIAL~~

Wetterna berichten.

Am Montag sah die Zettelleute dann danach aus, als ob das Frühlwetter hätte von Dauer sein können. Danach ist nun wieder eine heftige, stürmische Abänderung erfolgt, an die wir uns in den letzten Tagen an nach und nach gewöhnt haben; denn das Hochdruckgebiet liegt nun mit seinem Kerne über dem Golf von Biscaya, und das bedeutet für uns westlichen Wind und Regen.

Verantwortlich für den politischen Theil: Otto Krellschmer; für den
probirungellen und den weiteren Inhalt der Zeitung: Otto Herrmann,
Redakteur in Breslau. — Druck von Wils. Götzl, Stern